

„Genosse Filippov“ und seine österreichischen „Freunde“:  
Fallstudien zur „Macht der Schwachen“ im Verhältnis  
zwischen der KPdSU und einer Bruderpartei<sup>1</sup>

Die wichtigsten Partner der sowjetischen Außenpolitik bei der Konsolidierung ihrer osteuropäischen Einflussosphäre waren die ausländischen kommunistischen Parteien, welchen dabei vor allem drei Aufgaben zufielen: (1.) übernahmen sie die Funktion von „Vertrauenspersonen“ und Informanten der sowjetischen Führung und der etwaigen sowjetischen Besatzung. Die UdSSR war auf „Pfadfinder“-Dienste<sup>2</sup> der Kommunisten in praktisch allen von der Roten Armee besetzten Staaten angewiesen, um sich in den politischen Verhältnissen vor Ort besser zurechtfinden zu können. (2.) sollten die von sowjetischer Seite stets als „Freunde“ bezeichneten kommunistischen Parteien die Politik ihres Landes im Sinne sowjetischer Interessen beeinflussen. Das aus der Komintern-Ära stammende sowjetische Verhaltensmuster, fallweise politisch nicht offen an der Oberfläche zu agieren, sondern die ausländischen kommunistischen Parteien für die eigene Außenpolitik zu benützen<sup>3</sup>, ermöglichte der Sowjetunion, innenpolitische Entscheidungen auch dann zu beeinflussen, wenn es für die sowjetische Diplomatie nicht opportun oder möglich sein sollte, sich direkt einzumischen. (3.) sollten die Kommunisten im Rahmen der von der Sowjetunion für die europäischen Staaten vorgesehenen Nationalfront-Regierungen Schlüsselpositionen be-

---

<sup>1</sup> Der Beitrag entstand im Kontext der Vorarbeiten für die Dissertation des Verfassers, Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission (Wien/Köln/Weimar 2005) vgl. hier insb. 163–198, sowie für die vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) geförderte Aktenedition, Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven (Wien 2005). Der Verfasser dankt dem FWF, der Russischen und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Aleksandr O. Čubar’jan, Dr. Viktor V. Iščenko und Prof. Arnold Suppan für ihre Unterstützung und Mag. Manfred Mugrauer für seine wertvollen Kommentare zum Manuskript.

<sup>2</sup> Jan Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949 (SMAD). Struktur und Funktion (Berlin 1999) 401.

<sup>3</sup> Nigel Gould-Davis, Rethinking the Role of Ideology in International Politics during the Cold War, in: *Journal of Cold War Studies* 1 (1999) 90–109 hier 105.

setzen, um als Garanten einer UdSSR-freundlichen Ausrichtung der Politik dieser Staaten zu fungieren und um langfristig auf den von sowjetischer Seite angestrebten „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ hinzuwirken<sup>4</sup>.

Die Kommunisten konnten dabei mit der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung der UdSSR rechnen. Stalin selbst erläuterte gegenüber Georgi Dimitrov im Jänner 1945 den Grundsatz des Verhältnisses zwischen der KPdSU und ihren Bruderparteien: „Wir sollten sie unterstützen, wenn etwas passiert. Sie sind im Gegenzug verpflichtet, ihre wichtigsten Maßnahmen mit uns abzusprechen und uns wenigstens auf dem Laufenden zu halten.“<sup>5</sup> Letztere Formulierung war zweifellos etwas untertrieben, denn die ausländischen Parteiführer hatten sich selbstverständlich den „Ratschlägen“ und der „Kritik“ der Moskauer „Zentrale“ unterzuordnen. Der ungarische Parteichef Mátyás Rákosi erklärte auf der 3. Kominform-Tagung im November 1949: „Der Prüfstein der Ergebnislichkeit jedes Führers oder Kommunisten ist seine Haltung zur Sowjetunion“<sup>6</sup>; und die „Pravda“ schrieb am 28. September 1968, nach der sowjetischen Invasion in der ČSSR: „Jede kommunistische Partei ist nicht nur ihrem eigenen Volk verantwortlich, sondern der gesamten kommunistischen Bewegung.“

Trotz der geforderten Hintansetzung nationaler Interessen besaß aber jede Bruderpartei auch eigene politische Ziele, die manchmal durchaus der sowjetischen Linie widersprachen. Der Kalte Krieg verhalf den kleinen Verbündeten der Supermächte zeitweise sogar zu beträchtlichem Einfluss auf ihre großen Brüder. Dieses Paradox, bekannt als „big influence of small allies“, „power of the weak“, „tyranny of the weak“ oder „blackmail of weakness“<sup>7</sup>, zeigt, dass die internationalen Beziehungen zwischen einem „Patron“ und seinen „Klienten“ nur selten von eindimensionalen Entschei-

<sup>4</sup> Edward Mark, *Revolution by Degrees. Stalin's National-Front Strategy 1941–1947* (Cold War International History Project Working Paper 31, Washington 2001).

<sup>5</sup> Ivo Banac (Hg.), *The Diary of Georgi Dimitrov 1933–1949* (New Haven 2003) 354.

<sup>6</sup> Zitiert nach: Grant M. Adibekov, *Das Kominform und Stalins Neuordnung Europas* (Frankfurt 2002) 220. Zu der auf Ergebnislichkeit der ausländischen Parteiführer gegenüber Stalin und der UdSSR, Furcht vor sowjetischen Maßnahmen, geheimdienstlicher Überwachung und „ein System informeller politischer Kontrollen“ beruhenden Überwachung der „Bruderparteien“: Zbigniew Brzezinski, *Der Sowjetblock. Einheit und Konflikt* (Köln 1962) 132–145.

<sup>7</sup> Robert O. Keohane, *The Big Influence of Small Allies*, in: *Foreign Policy* 2 (1971) 161–182; Arnold Wolfers, *Discord and Collaboration* (Baltimore 1962) 111; Astri Suhrke, *Gratuity or Tyranny. The Korean Alliances*, in: *World Politics* 25 (1973) 508–532 hier 508; Stanley Hoffmann, *Gulliver's Troubles, Or: The Setting of American Foreign Policy* (New York 1968) 38. Für Österreich wurde das Konzept angewandt von: Günter Bischof, *Austria in the First Cold War, 1945–1955. The Leverage of the Weak* (Basingstoke 1999).

dungslinien geprägt sind, sondern öfter von „asymmetrischer Interdependenz“<sup>8</sup>. Auch das Stereotyp der UdSSR-Hörigkeit ausländischer kommunistischer Parteien und die Annahme, dass jede politische Maßnahme im „Ostblock“ auf sowjetische Weisung zurückgehe, wurden kritisch hinterfragt<sup>9</sup>, und die Spannung zwischen der oft radikalen, weil lediglich regionale Impulse befolgenden, Peripherie und dem moderateren, globale Perspektiven berücksichtigenden Zentrum im sowjetischen Einflussbereich analysiert<sup>10</sup>. Kommunistischen Duodezfürsten gelang es, beträchtlichen Spielraum zu erzielen, Kim Il Sung und Walter Ulbricht rissen ihre Schutzmacht in internationale Konflikte. Ein wichtiges Machtinstrument der Klientelstaaten bzw. -parteien war dabei die eigene Schwäche, der „threat of collapse“. So erhielt die SED-Spitze um Ulbricht eben durch die Instabilität der DDR (sowie den innersowjetischen Machtkampf) jene „Macht der Schwachen“, die sie in die Lage versetzte, die Politik Moskaus zu beeinflussen<sup>11</sup>. Die Frage lautet daher nicht, *ob* der Hund mit dem Schwanz wedelt oder umgekehrt, sondern *unter welchen Bedingungen bzw. in welchen Fällen* der Patron seine Linie beibehält oder aber den Beeinflussungsversuchen des Klienten nachgibt<sup>12</sup>.

Der vorliegende Beitrag möchte dieser Frage anhand des Verhältnisses zwischen der Kommunistischen Partei Österreichs und der UdSSR während der Besatzungszeit nachgehen. Bei der KPÖ handelte es sich um eine der – gemessen an ihrer Wählerzahl – schwächsten kommunistischen Parteien

<sup>8</sup> Abraham Ben-Zvi, *The United States and Israel. The Limits of the Special Relationship* (New York 1993) 8. Zum Konzept der asymmetrischen Interdependenz: Klaus Knorr, *International Economic Leverage and its Uses*, in: ders., Frank N. Trager (Hgg.), *Economic Issues and National Security* (Lawrence 1977) 102. Siehe auch ders., *The Power of Nations: The Political Economy of International Relations* (New York 1975) 9–14. Von einem „zwar ungleichförmigen, aber nicht einseitigen“ Interdependenzverhältnis zwischen der SED und der KPdSU spricht: Michael Lemke, *Die deutschlandpolitischen Handlungsspielräume der SED innerhalb der sowjetischen Deutschlandpolitik der Jahre 1949–1955*, in: Gustav Schmidt (Hg.), *Ost-West-Beziehungen. Konfrontation und Détente 1945–1989*, 2 (Bochum 1993) 305–332 hier 308.

<sup>9</sup> Vojtech Mastny, *The Cold War and Soviet Insecurity. The Stalin Years* (New York 1996) 8; Ferenc Glatz, *Vergleichende Untersuchung der Länder der sowjetischen Zone*, in: ders. (Hg.), *Die Geschichte des Ostblocks 1945–1990* (Budapest 1998) 9–25 hier 10.

<sup>10</sup> Paul M. Johnson, *The Subordinate States and Their Strategies*, in: Jan F. Triska (Hg.), *Dominant Powers and Subordinate States. The United States in Latin America and the Soviet Union in Eastern Europe* (Durham 1986) 285–309.

<sup>11</sup> Hope Harrison, *Driving the Soviets up the Wall. Soviet-East German Relations, 1953–1962* (Princeton 2003).

<sup>12</sup> Michael I. Handel, *Does the Tail Wag the Dog Or Vice Versa? Patron-Client Relations*, in: *The Jerusalem Journal of International Relations* 6 (1982) 24–35 hier 29; David B. Abernethy, *Dominant-Subordinate Relationships. How Shall We Define Them?* in: Triska (Hg.), *Dominant Powers* 103–123 hier 104–107.

Europas. Dennoch baute die sowjetische Führung auf die Zusammenarbeit mit der KPÖ, die wiederum von der UdSSR Unterstützung erhielt und mit der sowjetischen Besetzung eng kooperierte<sup>13</sup>. Von der Bevölkerungsmehrheit und den anderen Parteien wurden die Kommunisten, die sich „kritiklos hinter alle Handlungen der Roten Armee stellten und jede Wandlung der sowjetischen Politik verteidigten“, „mit allen Zügen der sowjetischen Politik identifiziert“<sup>14</sup> und galten bald als „Russenpartei“. Die „Sowjetabhängigkeit“<sup>15</sup> der KPÖ wurde auch von Historikern und Politologen konstatiert.

Mehrere Autoren waren aber dennoch bemüht, Gegensätze zwischen der KPÖ und der sowjetischen Politik herauszuarbeiten. Wilfried Aichinger verwies auf eine angebliche KPÖ-Intervention im April 1945 gegen den von Stalin unterstützten Staatskanzler Karl Renner<sup>16</sup>; Heinz Gärtner zitierte weitere Fälle, in welchen die sowjetische Politik den KPÖ-Interessen zuwider gelaufen sei, so etwa die frühe Abhaltung freier Wahlen 1945 in Österreich und die sowjetischen Demontagen<sup>17</sup>. Tatsächlich implizierte das Klientelverhältnis der KPÖ zur Sowjetunion weder, dass diese jeden Wunsch der „Freunde“ erfüllte, noch dass es sich bei jenen um reine Befehlsempfänger handelte, über deren Anliegen man sich bedenkenlos hinwegsetzte. Im Folgenden soll daher die Kommunikation zwischen KPÖ und sowjetischer Führung beschrieben und in drei Fallstudien näher untersucht werden, in welchen Situationen sich die lokalen Kommunisten der UdSSR bedingungs-

<sup>13</sup> Wolfgang Mueller, Die gescheiterte Volksdemokratie. Zur Österreich-Politik von KPÖ und Sowjetunion 1945 bis 1955, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2005) 141–170 hier 163–170. Vgl. Ol'ga Pavlenko, Österreich im Kraftfeld der sowjetischen Diplomatie, in: Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx (Hgg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besetzung 1945–1955. Beiträge (Graz 2005) 565–602 hier 586.

<sup>14</sup> Anton Pelinka, Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, in: Erika Weinzierl, Kurt Skalník (Hgg.), Österreich. Die Zweite Republik (Graz 1972) I, 169–201 hier 171. Vgl. Josef Toch, Enklave KPÖ, in: Jacques Hannak (Hg.), Bestandsaufnahme Österreich 1945–1963 (Wien 1963) 63–82.

<sup>15</sup> Heinz Gärtner, Zwischen Moskau und Österreich. Die KPÖ. Analyse einer sowjetabhängigen Partei (Wien 1979); Fritz Keller, Die KPÖ 1945–1955, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (1994) 104–121. Kaum behandelt wird das Verhältnis der KPÖ zur UdSSR in: Manfred Mugrauer, Die Politik der Kommunistischen Partei Österreichs in der Provisorischen Regierung Renner (Dipl. Wien 2004). Manfred Mugrauer arbeitet derzeit an der Universität Wien an einer Geschichte der KPÖ 1945 bis 1950.

<sup>16</sup> Im April 1945 soll die KPÖ angeblich Leo Stern nach Moskau entsandt haben, um bei Stalin Bedenken gegen Renner als Staatskanzler zu deponieren – ohne Erfolg, denn Stalin soll erwidert haben, man möge ihm vertrauen. Wilfried Aichinger, Sowjetische Österreichpolitik 1943–1945 (Diss. Wien 1977) 191; Gärtner, Zwischen Moskau und Österreich 92. Die Angabe ist angesichts der Schwierigkeit, 1945 nach Moskau zu reisen oder gar zu Stalin vorzudringen, überaus unwahrscheinlich. Vgl. Mugrauer, Politik der Kommunistischen Partei 54.

<sup>17</sup> Gärtner, Zwischen Moskau und Österreich 90–95.

los unterzuordnen hatten oder aber unter welchen Umständen es ihnen gelang, die „Kraft der Schwachen“ geltend zu machen und die sowjetische Linie zu verändern.

#### KOMMUNIKATIONSLINIEN ZWISCHEN KPÖ UND UdSSR

Um bei der obersten Führung zu intervenieren, „Bitten“ vorzubringen und vor allem „Ratschläge“ entgegenzunehmen, wurden – allerdings nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Politbüros der KPdSU – praktisch von allen kommunistischen Parteiführern, so auch vom Vorsitzenden der KPÖ, Johann Kopenig, und vom ZK-Sekretär Friedl Fűrberg „Pilgerfahrten nach Moskau“<sup>18</sup> angetreten. Durch das Besucherbuch von Stalins Büro<sup>19</sup> oder andere sowjetische Dokumente ist ein Zusammentreffen der KPÖ-Vertreter mit dem obersten „Führer“ (noch) nicht belegbar, wohl aber eines mit seiner rechten Hand Ždanov<sup>20</sup> sowie mehrere Bitten Kopenigs und

<sup>18</sup> Norman M. Naimark, *Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949* (Berlin 1999) 349. Die Reise stärkte auch das parteiinterne Prestige des von Stalin Empfangenen. Brzezinski, *Der Sowjetblock* 138. Zu den Moskau-Fahrten kommunistischer Parteiführer siehe z.B. Milovan Djilas, *Gespräche mit Stalin* (Frankfurt 1962); Rolf Badstübner, Wilfried Loth (Hgg.), *Wilhelm Pieck. Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953* (Berlin 1994); Michail M. Narinskij, *Stalin and the SED Leadership*, 7 April 1952: „You Must Organize Your Own State“, in: *Cold War International History Project Bulletin* 4 (1994) 34f; Bernd Bonwetsch, Gennadij Bordjugov, *Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar–7. Februar 1947*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 42 (1994) 279–303; Leonid Gibianskij, *The Soviet Bloc an the Initial Stage of the Cold War. Archival Documents on Stalin's Meetings with Communist Leaders of Yugoslavia and Bulgaria, 1946–1948*, in: *Cold War International History Project Bulletin* 10 (1998) 112–134; Stéphane Courtois, Thorez, *Stalin und Frankreichs Befreiung im Lichte von Moskauer Archiven*, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* (1998) 77–85; Vladimir K. Volkow [Volkov], *Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947–1952)*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 48 (2000) 20–49; V. K. Volkov, *Za sovetami v Kreml'. Zapis' besedy I.V. Stalina s rukovoditeljami SEPG. Mart 1948g.* [Um Ratschläge in den Kreml. Niederschrift der Besprechung Stalins mit den Führern der SED im März 1948], in: *Istoričeskij archiv* 2 (2002) 3–27; Bernd Bonwetsch, *Stalin und die Vorbereitung des 3. Parteitags der SED. Ein Treffen mit der SED-Führung am 4. Mai 1950*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 51 (2003) 575–607; Elke Scherstjanoi, Rolf Semmelmann, *Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung im Dezember 1948 und im April 1952*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 52 (2004) 138–166 und 238–269.

<sup>19</sup> A.V. Korotkov, A.D. Černëv, A.A. Černobaev, *Posetiteli kremlëvskogo kabineta I.V. Stalina: Žurnaly (tetradi) zapisi lic, prinjaty pervym gensekom 1924–1953* [Besucher des Kreml-Kabinetts von J.V. Stalin: Die Listen der vom Ersten Generalsekretär empfangenen Personen], in: *Istoričeskij archiv* 4 (1996) 66–131 (Index).

<sup>20</sup> Niederschrift des Gespräches des Gen[ossen] Ždanov mit den Vertretern des ZK der KPÖ Kopenig und Fűrberg, 13. Februar 1948, in: Wolfgang Mueller, *Die Teilung Österreichs als politische Option für KPÖ und UdSSR 1948*, in: *Zeitgeschichte* 32 (2005) 1, 47–54.

Fürnbergs, sie bzw. andere Parteifunktionäre nach Moskau kommen zu lassen und zu empfangen, um ihnen „Ratschläge“ zu erteilen und „Entscheidungen“ zu treffen. Diesen Bitten wurde nicht immer stattgegeben. Im November 1946 sprach sich der zuständige Mitarbeiter der Außenpolitischen Abteilung der KPdSU Georgij Ja. Korotkevič gegen eine Reise eines KPÖ-Vertreters nach Moskau aus, um die österreichischen Kommunisten nicht in den Augen ihrer Bevölkerung als „Agenten“ der UdSSR erscheinen zu lassen<sup>21</sup>.

Die zweite Form der Kommunikation zwischen der KPÖ-Spitze und der sowjetischen Führung war die briefliche Korrespondenz. Die von Kopenig und Fürnberg gemeinsam unterzeichneten Schreiben waren meistens an den „Genossen Filippov“<sup>22</sup>, d.h. an Stalins Komintern-Decknamen, adressiert und wurden von der Abteilung für internationale Information (später Abteilung für Außenpolitik) des ZK der KPdSU bearbeitet und weitergeleitet. Briefe der sowjetischen Führung an die KPÖ sind sehr selten, da die Antworten meistens mündlich von der Sowjetbesatzung weitergeleitet wurden. Die KPÖ-Episteln nach Moskau besaßen einen doppelten Zweck: einerseits sollte die sowjetische Führung unmittelbar (ohne Umweg via Diplomaten oder Besatzungsoffiziere) über die politische Entwicklung und wichtige Ereignisse informiert werden, andererseits wollte man den direkten Kontakt dazu benützen, Bitten vorzubringen, Vorschläge zu deponieren und einen gewissen Einfluss auf die sowjetische Politik geltend zu machen.

Die dritte, nicht minder wichtige Kommunikationsform zwischen KPÖ und UdSSR bildeten die regelmäßigen vertraulichen Treffen zwischen dem Kommando der sowjetischen Besatzung in Österreich und der KPÖ-Spitze. Der Oberkommandierende der sowjetischen Truppen in Österreich, Marschall Fëdor I. Tolbuchin, empfing direkt vor seinem Zusammentreffen mit dem designierten Staatskanzler Karl Renner am 19. April 1945 den KPÖ-Vorsitzenden, um mit ihm die politische Vorgangsweise zu besprechen<sup>23</sup>.

<sup>21</sup> Kopenig und Fürnberg an Stalin, 2. November 1946, mit einem Begleitschreiben von Korotkevič an Suslov, 19. November 1946, in: Wolfgang Mueller, Arnold Suppan, Norman M. Naimark, Gennadij Bordjugov (Hgg.), *Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven. Sovetskaja politika v Avstrij 1945–1955gg. Dokumenty iz Rossijskich archivov* (Fontes rerum Austriacarum 2, 93, Wien 2005) 340–350 hier 341.

<sup>22</sup> In den z.T. erhaltenen dt. Originalen werden auch die Varianten „Filipov“, „Filipof“ oder „Filipoff“ verwendet.

<sup>23</sup> Wolfgang Wagner, *Die Besatzungszeit aus sowjetischer Sicht. Die Errichtung der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich von 1945 bis 1946 im Spiegel ihrer Lageberichte* (Dipl. Wien 1998) 114. Text in: Institut Voennoj Istorii (Hg.), *Krasnaja Armija v stranach Central'noj, Severnoj Evropy i na Balkanach. Dokumenty i materialy 1944–1945* [Die Rote Armee in den Ländern Zentral- und Nordeuropas und auf dem Balkan. Dokumente und Materialien] (Russkij Archiv XIV. Velikaja Otečestvennaja 3(2),

Ebenfalls aus der unmittelbaren Nachkriegszeit belegt ist eine Aussprache vom 16. Mai 1945, an welcher die führenden Politoffiziere, das Mitglied des Kriegsrates der Front Generaloberst Aleksej S. Želtov sowie der kommissarische Politberater Michail E. Koptelov, und von der KPÖ Koplenig, Unterrichtsstaatssekretär Ernst Fischer, Innenstaatssekretär Franz Honner und der Wiener Landesobmann Josef Lauscher teilnahmen, die auf Želtovs Aufforderung hin, „offen über alle Probleme berichten“ sollten<sup>24</sup>. Die Unterredungen erfolgten auf sowjetische Einladung oder Ansuchen der KPÖ, stets aber bei der Besatzung, nicht selten beim sowjetischen Militär-/Hochkommissar in Wien. Das Spektrum reichte von Vier-Augen-Gesprächen bis zu Konferenzen mit 10 bis 20 hochrangigen Teilnehmern. Besprechungen zwischen KPÖ-Funktionären und der Sowjetbesatzung fanden auf allen hierarchischen Ebenen statt. Sie dienten dazu, einerseits die sowjetische Seite über die KPÖ-Einschätzung der politischen Lage in Österreich zu informieren sowie andererseits die KPÖ mit Ratschlägen und strategischen Anweisungen zu versorgen.

Zusätzlich erfolgten fallweise Besuche von Moskauer Funktionären in Österreich, die – von den offiziellen Vertretern des Staates und der Öffentlichkeit unbemerkt – mit den KPÖ-Führern zusammentrafen und dabei über die politische Entwicklung in Österreich und die Taktik der KPÖ informiert wurden.

#### FALLSTUDIE I: DIE „ÜBERNAHME DER WIRTSCHAFT“ IN DER SOWJETISCHEN ZONE

Die Sowjetbesatzung hatte unmittelbar nach dem Einmarsch begonnen, Rohstoffvorkommen und ehemals deutsche Industrieunternehmen in Ostösterreich zu erfassen, zu beschlagnahmen und zu demontieren. Bis Jahresende 1945 waren über 200 von der UdSSR auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse beanspruchte Wirtschaftsbetriebe davon betroffen. Gleichzeitig liefen die Vorarbeiten zur Gründung einer Verwaltung des sowjetischen Eigentums in Österreich an. In diesem Kontext dürfte die sowjetische Führung die KPÖ um ausführliches „Material“ über die Wirtschaftslage Österreichs gebeten haben. Während diese Berichte noch vorbereitet wurden,

---

Moskva 2000) 638–640. Dazu ausführlich: Wolfgang Mueller, Stalin, Renner und die Wiedergeburt Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 54 (2006) 1, 125–154 hier 145f.

<sup>24</sup> Institut Voennoj Istorii, Krasnaja Armija 661–664 hier 661. Zu vergleichbaren Unterredungen der SMAD mit der SED-Führung: Gerhard Wettig, Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955 (München 1999) 64f. Die SMAD bereitete laut eigener Aussage „so gut wie alle“ maßgeblichen Dokumente der SED vor.

wandte sich die KPÖ-Führung mit einem ersten eigenen Vorschlag für die Verwaltung der sowjetischen Wirtschaftsbetriebe in Österreich an den stv. sowjetischen Militärkommissar in Österreich, Generaloberst Želtov.

Eingangs empfahl das mit 3. März 1946 datierte KPÖ-Memorandum festzustellen, ob die derzeitigen Öffentlichen Verwalter der von der UdSSR beanspruchten Betriebe „fachlich und politisch tragbar“<sup>25</sup> seien, widrigenfalls sie ausgewechselt werden müssten. Nach der Beschlagnahme seien sie als nicht mehr der Republik Österreich, sondern der UdSSR verantwortlich zu betrachten. Die Betriebe selbst sollten nach Produktionssparten zusammengefasst und entsprechenden, beim Sowjetischen Teil der Alliierten Kommission (Sovetskaja čast' Sojuzničeskoj komissii, SČSK) zu bildenden Abteilungen unterstellt werden<sup>26</sup>.

Drei Wochen nach der Übergabe des KPÖ-Memorandums an Želtov wandten sich Kopenig und Fürnberg an Stalin. Anlass war die Fertigstellung des erbetenen „Materials“ über die österreichische Wirtschaftslage, das zusammen mit dem Brief und dem Memorandum übersandt wurde. Dabei nützten die beiden Verfasser die Gelegenheit, Stalin zu einer raschen Beschlagnahme und Aktivierung der von der UdSSR beanspruchten Wirtschaftsbetriebe in Ostösterreich zu drängen. Als Argument nannten sie, dass das Land durch die Besatzungszonen wirtschaftlich viergeteilt sei, und die Westmächte, namentlich die USA und Großbritannien, „alles [machen,] um die Industrie in ihrem Gebiet völlig in [ihre] Hände zu nehmen“<sup>27</sup>. Bei letzterer Behauptung handelte es sich entweder um eine krasse Fehleinschätzung oder aber bewusste Irreführung, denn die US-Besatzung übergab wenige Wochen später in Reaktion auf die sowjetischen Beschlagnahmen die in ihrer Zone gelegenen und laut Potsdamer Abkommen den USA zugesprochenen ehemals deutschen Schwerindustriebetriebe und Kraftwerke in die treuhändische Verwaltung durch Österreich<sup>28</sup>. Was aber war der Grund für das KPÖ-Interesse an einer raschen sowjetischen Beschlagnahme der Wirtschaftsbetriebe? Für Kopenig und Fürnberg war vorrangig, dass die „Ankurbelung der Wirtschaft in der sowjetischen Zone auf Grund unseres

<sup>25</sup> Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii [Russisches Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte, Moskau] (RGASPI) 17/128/110/112–119, Kopie des Vorschlages, den wir G[enossen] Želtov gaben, 3. März 1946, hier 112. Unterstreichung im Original.

<sup>26</sup> Die einzelnen Abteilungen wurden allerdings später nicht, wie von der KPÖ vorgeschlagen, der SČSK unterstellt, sondern als Verwaltung des Sowjeteigentums in Österreich (Upravlenie Sovetskim imuščestvom v Avstrii, USIA) zusammengefasst.

<sup>27</sup> RGASPI 17/128/907/81–83, Kopenig und Fürnberg an Filipov, 20. März 1946, hier 81.

<sup>28</sup> Manfred Rauchensteiner, Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955 (Graz 1979) 182f.



Vorschläges [...] uns nicht nur eine außerordentlich starke wirtschaftliche Machtposition in die Hand geben, sondern zweifellos auch eine entscheidende politische Auswirkung auf ganz Österreich haben [werde]“<sup>29</sup>. Die geforderte „Ankurbelung der Wirtschaft“ – gemeint war damit die im Memorandum skizzierte Schaffung eines sowjetischen Wirtschaftskomplexes in Österreich, dessen Aktivitäten mithilfe von Besatzungssonderrechten der österreichischen und alliierten Kontrolle entzogen sein würden, – sollte somit nicht nur sowjetischen Profitinteressen dienen, sondern gleichzeitig die KPÖ mit einer massiven Machtposition ausstatten. Diese Erwartungshaltung prägte alle weiteren, von der KPÖ-Spitze 1946 entworfenen Szenarien und Vorschläge zur sowjetischen Wirtschaftspolitik in Ostösterreich.

Bevor die Frage im Sommer 1946 entschieden wurde, eröffnete die Verhandlungspause des Außenministerrates in Paris der KPÖ eine weitere Gelegenheit für intensiven Lobbyismus. Der amerikanische Außenminister James F. Byrnes hatte am 26. April erste „Vorschläge für einen Vertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs“ zirkuliert<sup>30</sup>, sein sowjetischer Kollege Wjačeslav M. Molotov blockierte aber die Verhandlungen. Am 16. Mai wurde die Session unterbrochen und auf 15. Juni vertagt. Vermutlich in der letzten Mai-Woche wandte sich Friedrich Hexmann an die Abteilung für Außenpolitik des ZK der KPdSU. Hexmann gehörte zu jenen österreichischen Kommunisten, die 1945 nicht in ihre Heimat zurückgesandt worden waren, und fungierte in den ersten Nachkriegsjahren als Verbindungsmann der KPÖ in Moskau. Er hatte den Auftrag, die sowjetische Bruderpartei im Voraus über die Punkte, die im Zuge einer Reise Kopenigs nach Moskau diskutiert werden sollten, zu orientieren. Am 29. Mai 1946 wurden die KPÖ-Vorschläge vom Leiter der Abteilung für Außenpolitik Michail A. Suslov an das zuständige Politbüromitglied Andrej A. Ždanov weitergeleitet<sup>31</sup>. Sie besagten, dass die UdSSR den Westmächten eine Reihe von Vorbedingungen für die Aufnahme der

---

<sup>29</sup> RGASPI 17/128/907/81–83, Kopenig und Fürnberg an Filippov, 20. März 1946, hier 81.

<sup>30</sup> Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955 (Studien zu Politik und Verwaltung 62, Wien 2005) 46–48. Text in: Foreign Relations of the United States (FRUS) 1946 (Washington 1969) V, 124f. Vgl. zur sowjetischen Haltung zum Staatsvertrag: Wolfgang Mueller, Gab es seine „verpasste Chance“? Die sowjetische Haltung zum Staatsvertrag 1946–1952, in: Arnold Suppan, Gerald Stourzh, Wolfgang Mueller (Hgg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität (Wien 2005) 98–120.

<sup>31</sup> Suslov an Ždanov mit Bericht über die ungefähren Vorschläge der Führung der österreichischen KP [...], 29. Mai 1946, in: Mueller, Suppan, Naimark, Bordjugov, Sowjetische Politik 257–163.

Staatsvertragsverhandlungen stellen solle, u.a. eine Reduktion der Besatzungstruppen, die Rückgabe der österreichischen Goldreserven durch die US-Besatzung in Deutschland sowie ein zehn Jahre währendes Verbot der Beteiligung ausländischen Kapitals an österreichischen Unternehmen. Alle ehemals deutschen Unternehmen in Österreich seien unter alliierter Gewalt zu belassen, bis die Garantie geschaffen sei, dass sie nicht mehr in deutschen Besitz übergehen. Erst dann könnten sie Österreich übergeben werden. Die KPÖ vertrat die Ansicht, dass die Westmächte den Bedingungen nicht zustimmen würden. (Die ungeschriebene Intention war somit, ihnen den „Schwarzen Peter“ für das Scheitern der Verhandlungen zuzuschieben.) Falls die Vorschläge trotzdem angenommen würden, wäre dies ein Prestigegewinn für die Sowjetunion. Ungeachtet der Staatsvertragsfrage solle die UdSSR aber jedenfalls die von ihr beanspruchten Wirtschaftsbetriebe in Österreich beschlagnahmen und in Gang setzen. Der Vertrieb solle mit Hilfe einer Handelsgesellschaft der osteuropäischen Staaten erfolgen.

Der Anfang Juni von Kopenig und Fürnberg an Stalin adressierte nächste Brief enthielt keine derartigen Vorschläge zur Gründung eines RGW-Vorgängers unter Einschluss Österreichs mehr<sup>32</sup>. Gegenstand des Schreibens war abermals die bevorstehende Behandlung der Österreich-Frage im Pariser Außenministerrat. Die KPÖ würde, so die beiden Parteiführer, es begrüßen, wenn die UdSSR den Standpunkt einnehme, dass der österreichische Staatsapparat nicht ausreichend entnazifiziert, die Abtrennung Österreichs von Deutschland nicht sichergestellt und die „versetzten Personen“ nicht evakuiert seien und Österreich dies vor einem etwaigen Staatsvertrag nachholen müsse. Die weiteren KPÖ-Vorschläge unterschieden sich in zwei Fragen grundsätzlich von den zuvor vorgebrachten Punkten: erstens schlugen Kopenig und Fürnberg vor, dass die Übergabe des ehemals deutschen Eigentums binnen dreier Monate mit der österreichischen Regierung geregelt werden und die Unternehmen nach der Übergabe für die Wiederherstellung Österreichs arbeiten sollten; zweitens sah der KPÖ-Plan breite Wirtschaftshilfe zum Wiederaufbau Österreichs vor, die von den Alliierten nach dem Zonenprinzip geleistet werden solle. Ferner hieß es: „Wir halten es für notwendig, dass die sowjetische Besatzungsmacht de facto die Kontrolle und Führung der gesamten Wirtschaft in der sowjetischen Zone übernimmt. Das ist möglich durch die Leistung von breiter Hilfe, ohne dabei die bestehenden Verordnungen des Kontrollrates [!] zu verletzen. Dabei müssen zuverlässige österreichische Antifaschisten zur Führungsarbeit herangezogen werden. Das ist die am meisten realistische Möglichkeit, den Einfluss der Sowjetunion in Österreich zu festigen, ihn zu

<sup>32</sup> Kopenig und Fürnberg an Stalin, Juni 1946, in: Mueller, Suppan, Naimark, Bordjugov, Sowjetische Politik 263–269.

sichern und systematisch auszuweiten.“<sup>33</sup> Diese Erläuterungen zeigen dreierlei: (1.) sollte die Durchführung der alliierten Wirtschaftshilfe primär dazu dienen, der sowjetischen Besatzung zu ermöglichen, die „Kontrolle und Führung“ nicht nur des ehemals deutschen Eigentums, sondern der „gesamten Wirtschaft in der sowjetischen Zone“ zu übernehmen. (2.) sollten dadurch Personen, die von der KPÖ als „zuverlässig“ betrachtet wurden, in wirtschaftspolitische Schlüsselpositionen gebracht werden. (3.) musste es sich bei der Forderung nach einer Übergabe des ehemals deutschen Eigentums an Österreich binnen dreier Monate um eine reine Propagandalosung handeln, wenn man nicht riskieren wollte, dass die „Führung der gesamten Wirtschaft in der sowjetischen Zone“ durch die sowjetische Besatzung und „zuverlässige Antifaschisten“ nach diesen drei Monaten wieder in Frage gestellt werde.

Der zitierte Brief Kopenigs und Fürnbergs wiederholte die von Hexmann vorgebrachte Bitte an Stalin, eine KPÖ-Delegation zu empfangen. Für eine solche Reise im Juni 1946 haben wir keinen eindeutigen Beleg. Es ist aber ein Memorandum Kopenigs vom 5. Juni überliefert, das anlässlich eines solchen Besuchs übergeben worden sein könnte<sup>34</sup>. Bei dem Dokument handelte es sich wohl um den bislang umfassendsten Strategie-Entwurf für eine Zusammenarbeit von KPÖ, sowjetischer Führung und Sowjetbesatzung im Bereich der Wirtschaftsorganisation in der sowjetischen Besatzungszone. Einleitend stellte Kopenig fest, dass sich die Wirtschaftslage kaum verbessert habe. Die Versorgung der Industrie und der Städte könne als katastrophal bezeichnet werden, es herrsche schleichende Inflation. Die Regierung sei nicht gewillt oder imstande, eine Verbesserung herbeizuführen. Dennoch zeigte sich der Parteivorsitzende optimistisch. Die Volksmassen würden mit der KPÖ sympathisieren. Die Partei wolle daher im Winter für Neuwahlen eintreten und dabei ihre Stimmenanzahl verdoppeln. Danach werde sie eine Vereinigung mit der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) anstreben, wobei die Führung nach der Anzahl der Parteimitglieder zusammengesetzt werden müsse, was ein Verhältnis von 2:1 bedeute. Darauf „können [wir] eingehen, denn wir besitzen überaus aktive Funktionäre“. Zuerst müsse die KPÖ aber die politische Initiative erringen, um in Österreich „eine grundlegende Wende“ einzuleiten. Das gehe „nur in Übereinstimmung mit der Politik der Sowjetunion in Österreich“. Die Bedingungen dafür glichen weitgehend den bisherigen KPÖ-Vorschlägen. So solle die UdSSR Hilfslieferungen für die sowjetische Besatzungszone organisieren, die „breite Agitation und direkten politischen Einfluss“ bringen würden.

---

<sup>33</sup> Ebenda 267.

<sup>34</sup> RGASPI 17/128/907/85–99, Memorandum des Genossen Kopenig, 5. Juni 1946. Die folgenden Zitate ebenda.

Auf dieser Grundlage sei ein ganzes „Kontrollsystem für die gesamte Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone“ zu errichten. Nach außen hin solle die UdSSR die Abschaffung der Demarkationslinien und die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftssystems propagieren, aber „ohne den faktischen Kurs zur Übernahme der Wirtschaft [...] in der sowjetischen Besatzungszone zu ändern“. Die Wirtschaft der sowjetischen Zone Österreichs müsse auf jene der ČSR, Jugoslawiens, Ungarns, Polens, Bulgariens und Rumäniens abgestimmt werden, die aber ihrerseits nur minimale Beziehungen zur österreichischen Regierung unterhalten sollten.

Die sowjetischen Beschlagnahmen, Hilfslieferungen und Übernahmen sollten nach dem Wunsch der KPÖ-Planer zwei politische Effekte mit sich bringen: einerseits den politischen Einfluss der Sowjetunion und andererseits die Position der österreichischen Kommunisten zu stärken. Kopenig unterstrich in seinem Memorandum, dass das gesamte Konzept nur dann Erfolg haben werde, wenn alle wirtschaftlichen Führungspositionen in der Zone an „österreichische demokratische Kräfte“ übergeben würden, und dass „ein halber Schritt in dieser Richtung“ schlechter sei als gar keiner. Die Schaffung eines sowjetischen Wirtschaftskomplexes in Österreich wurde somit von der KPÖ als Mittel zum Zweck betrachtet, eine politische Einflussmöglichkeit für die sowjetische Besatzung und eine Hausmachtbasis für die österreichischen Kommunisten zu errichten.

Insgesamt bargen die KPÖ-Vorstellungen den Keim für eine politisch-ökonomische Sonderentwicklung, ja sogar Abspaltung, der sowjetischen Besatzungszone. Die wichtigsten Risikofaktoren lauteten: Beherrschung zentraler Industriekapazitäten durch eine ausländische Macht (UdSSR), Etablierung einer gegenüber dieser ausländischen Macht loyalen Elite (KPÖ) an wirtschaftlichen Entscheidungspositionen, Abhängigkeit von Rohstoff- und Lebensmittelversorgung durch diese ausländische Macht, ökonomische Orientierung auf den Einflussbereich derselben ausländischen Macht. Es muss berücksichtigt werden, dass die genannten Faktoren nur in der sowjetischen Besatzungszone wirksam geworden wären und in den politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen Ost- und Westösterreichs entscheidende Gegensätze aufgerissen hätten. Selbst wenn die ökonomisch-politische Westorientierung Österreichs 1946 noch nicht unumkehrbar war, musste aufgrund der politischen Lage erwartet werden, dass die Westmächte ebenfalls die Kontrolle der Wirtschaft in ihren Besatzungszonen verschärfen würden. Die KPÖ nahm dieses Risiko in Kauf. Der sowjetischen Seite machte sie die immer drängender geforderte sowjetisch-kommunistische „Übernahme der Kontrolle und Führung der österreichischen Wirtschaft“ in der sowjetischen Besatzungszone stets als „die am meisten realistische Möglichkeit, den Einfluss der Sowjetunion in Österreich zu festigen, ihn zu sichern und systematisch auszuwei-

ten“<sup>35</sup> schmackhaft. Die KPÖ spielte somit in diesem Fall die Rolle eines „Scharfmachers“, der die Sowjetunion zu expansiven Maßnahmen aufforderte. Darin glich sie der SED und anderen sowjetischen „Klienten“<sup>36</sup>.

Wie reagierte die sowjetische Führung auf diese Vorschläge? Freudige Aufnahme fanden vermutlich die von den österreichischen „Freunden“ gelieferten Argumente zur Verzögerung der Staatsvertragsverhandlungen. Am 11. Juni verfassten Kopenig und Fürnberg eine Stellungnahme zum amerikanischen Staatsvertragsentwurf, die – wie nicht anders zu erwarten – vernichtend ausfiel und erneut Vorbedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen auflistete<sup>37</sup>. Derartige von der KPÖ gelieferte Propagandamunition gegen westliche Verhandlungsangebote, namentlich die Forderungen nach Entnazifizierung, „Demokratisierung“ und Evakuierung der Flüchtlinge, stellte einen nicht unwichtigen Bestandteil der Zusammenarbeit zwischen KPÖ und UdSSR dar und wurde, wie der in der Sitzung des Außenministerrates in Paris am 12. Juli vorgelegte Resolutionsentwurf Molotovs zeigt<sup>38</sup>, von sowjetischer Seite gerne verwendet.

Die konkreten politischen und wirtschaftlichen KPÖ-Vorschläge wurden aber nur zum Teil umgesetzt. So boten die im Sommer 1946 zusammengefassten sowjetischen Betriebe in Ostösterreich ausreichend Raum zur Einsetzung politisch „zuverlässiger“ Personen. Die von der KPÖ initiierte und von der sowjetischen Besatzung mitgetragene Politik, die Unternehmen in eine politisch monochrome Wirtschaftsenklave umzubauen, wurde bis 1955 zielstrebig vorangetrieben. Tatsächlich führten sowjetische Leitung, politische Indoktrination, Entfernung nichtkommunistischer Mitarbeiter und Einsetzung kommunistischer Kader sowie andere Maßnahmen zur Umformung der Betriebe in ein „Westentaschen-Imperium“<sup>39</sup> der KPÖ. 1954 konstatierte ein innerparteilicher Kritiker süffisant, die sowjetischen Betriebe in Ostösterreich seien zu „einer Art Schutzgebiet für Kommunisten“ mutiert, die sich dort zur „privilegierten Klasse“ erhoben hätten<sup>40</sup>. Die dortigen Betriebsratswahlen, in welchen KPÖ-nahe Kandidaten und Listen

---

<sup>35</sup> Ebenda.

<sup>36</sup> Vgl. Wilfried Loth, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte* (Berlin 1994).

<sup>37</sup> Mueller, Suppan, Naimark, Bordjugov, *Sowjetische Politik* 268–273. Vgl. Stourzh, *Um Einheit und Freiheit* 47.

<sup>38</sup> Stourzh, *Um Einheit und Freiheit* 51. Text in: FRUS 1946, II, 939f.

<sup>39</sup> Toch, *Enklave KPÖ* 74. Vgl. Pelinka, *Auseinandersetzung mit dem Kommunismus* 186.

<sup>40</sup> Meiendorf an das ZK der KPdSU, 3. Mai 1954, und *K voprosu o provedenii politiki edinogo fronta v Avstrii (Kritičeskie zamečanja)* [Zur Frage der Durchführung einer Einheitsfront-Politik in Österreich (Kritische Anmerkungen)], 24. Februar 1954, in: Mueller, Suppan, Naimark, Bordjugov, *Sowjetische Politik* 900–923 hier 913.

der „Gewerkschaftlichen Einheit“ 1953/54 mancherorts über 70 Prozent der Stimmen errangen, bestätigten die Etablierung der Hausmacht.

Die weiteren Pläne der KPÖ zur Übernahme der Kontrolle über die gesamte Wirtschaft Ostösterreichs blieben hingegen unverwirklicht. Dies hing wohl mit der offenkundig nicht vorhandenen Bereitschaft der Sowjetunion zusammen, die von der KPÖ angeregte Hilfsaktion für Österreich durchzuführen. Ein sowjetischer Marshall-Plan war nicht nur angesichts der schweren Kriegszerstörungen und katastrophalen Versorgungslage in der UdSSR realitätsfern, sondern widersprach auch deren Ziel, die besetzten Gebiete im Interesse des eigenen Wiederaufbaues auszubeuten. Außerdem implizierten die von der KPÖ vorgeschlagenen Maßnahmen ein Engagement, zu welchem die UdSSR offenbar nicht bereit war. Es dürfte ihr bewusst gewesen sein, dass sie damit die Grenzen ihrer Befugnisse überschritten und überdies eine entgegengesetzt orientierte Parallelentwicklung in den Westzonen provoziert hätte, was nicht in ihrem Interesse lag. Als im Frühjahr 1946 das nunmehr sowjetische Eigentum in Österreich unter eine zentrale Verwaltung gestellt wurde, beschränkte sich deren offizielles Mandat daher auf die Leitung der von der UdSSR aufgrund des Potsdamer Abkommens beschlagnahmten Betriebe. Die von der KPÖ angeregte Kontrolle und Führung der gesamten Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone fanden weder 1946 noch später statt.

## FALLSTUDIE 2: DIE FURCHT VOR FREIEN WAHLEN

Die Parlamentswahlen vom 25. November 1945 hatten der KPÖ mit nur 5,42 Prozent der Stimmen eine vernichtende Niederlage beschert. Als die Partei aufgrund der innenpolitischen Entwicklung im Sommer 1946 neuerlich Wahlen erwartete und dabei eine neuerliche Schlappe befürchtete, teilten Kopenig und Fürnberg ihre Sorge Stalin mit und baten um sowjetische Unterstützung in der Frage<sup>41</sup>. Wie diese Hilfe erfolgen sollte, präzisierten die KPÖ-Führer in einer Besprechung mit Spitzenvertretern der sowjetischen Besatzung am 16. September 1946. Von sowjetischer Seite nahmen neben Hochkommissar General Vladimir V. Kurasov sein Stellvertreter Želtov, der stv. Politberater Koptelov, der Gehilfe des Hochkommissars Generalmajor Georgij K. Cinev, der Obergehilfe des Politberaters Georgij N. Dzjubenko sowie der Leiter der für österreichische Innenpolitik und Parteien zuständigen Propagandaabteilung Oberst Lev A. Dubrovickij teil; von KPÖ-Seite waren Kopenig, sein Stellvertreter Franz Honner, Generalsekretär Fürnberg, Minister Karl Altmann, Ernst Fischer und der Chefre-

<sup>41</sup> Kopenig und Fürnberg an Stalin, Juni 1946, in: Mueller, Suppan, Naimark, Bordjugov, Sowjetische Politik 263–269.

dakteur des KPÖ-Zentralorgans „Österreichische Volksstimme“, Erwin Zucker-Schilling, anwesend. Zu Beginn wurde einer der KPÖ-Vertreter aufgefordert, über die aktuelle politische Lage in Österreich zu referieren. Die daraufhin abgegebene Einschätzung fiel überaus negativ aus. Namentlich den Großparteien, der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der SPÖ, wurde unterstellt, sie hätten sich verschworen, Österreich in den Ruin zu führen und den USA auszuliefern. Unter der Bevölkerung gewinne daher die KPÖ auf Kosten der Sozialisten an Unterstützung. Somit sei nicht auszuschließen, dass die SPÖ für rasche Neuwahlen noch im November eintreten werde. „In diesem Fall könnte der Sowjetische Teil der Alliierten Kommission uns [=der KPÖ] helfen, durch Einhaltung aller Verfahrensrichtlinien die Entscheidung über Wahlen bis zum Dezember hinauszuzögern.“<sup>42</sup> Dann aber würden Wahlen „aufgrund der Schneeverwehungen bereits unmöglich“ sein. Die sowjetische Seite musste ihre Hilfsbereitschaft jedenfalls nicht unter Beweis stellen, denn die Sorge der KPÖ stellte sich als verfrüht heraus: weder SPÖ noch ÖVP traten im Sommer 1946 für Wahlen ein. Dafür erhob die KPÖ selbst im November mit siegessicherer Rhetorik<sup>43</sup> die Forderung nach Neuwahlen, der aber nicht stattgegeben wurde. Die nächsten Parlamentswahlen fanden erst 1949 statt.

Eine weitere markante KPÖ-Intervention betraf die Bundespräsidentenwahl 1951. Kurz nach dem Tod Karl Renners am 31. Dezember 1950 hatten sich die Koalitionsparteien geeinigt, aus Kostengründen und um das Verfahren zu beschleunigen, die verfassungsmäßige Volkswahl auszusetzen und den neuen Bundespräsidenten – wie zuvor bereits Renner selbst – durch die Bundesversammlung wählen zu lassen. Als gemeinsamen Kandidaten war an Bundeskanzler Figl gedacht<sup>44</sup>. Da dies aber eine Verfassungsänderung mit Zustimmung des Alliierten Rates erfordert hätte, dessen letzte Einmischung in die Frage der österreichischen Verfassung man noch in unangenehmer Erinnerung hatte, und da die parteiunabhängige Presse wie auch der Verband der Unabhängigen (VdU) für die Volkswahl ins Feld zogen, warfen ÖVP und SPÖ das Ruder herum und brachten am 12. Jänner einen Gesetzesantrag auf Abhaltung der Volkswahl ein, dem sich am 19. Jänner alle Parteien im Parlament anschlossen<sup>45</sup>. Entgegen den Unkenrufen

---

<sup>42</sup> Koptelov an Panjuškin mit Niederschrift der Besprechung bei Generaloberst Kurasov mit der Führung des ZK der KPÖ, 18. Oktober 1946, in: Mueller, Suppan, Naimark, Bordjugov, Sowjetische Politik 307–333 hier 313.

<sup>43</sup> Pelinka, Auseinandersetzung mit dem Kommunismus 181; Gärtner, Zwischen Moskau und Österreich 78.

<sup>44</sup> Manfred Rauchensteiner, Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945 bis 1966 (Wien 1987) 162.

<sup>45</sup> Josef Kocensky, Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1945–1955 (Wien 1970) 321.

Ernst Fischers, dass der Alliierte Rat die österreichische Verfassung nicht anerkannt habe und daher mit Schwierigkeiten zu rechnen sei<sup>46</sup>, war das Sowjetische Element einer Zustimmung zum Wahlgesetz nicht abgeneigt. Wie der kommissarische Leiter der 3. Europa-Abteilung des sowjetischen Außenministeriums, Michail G. Gribanov, am 31. Jänner 1951 an Außenminister Andrej Ja. Vyšinskij berichtete, empfahlen der stv. Hochkommissar Cinev und Politberater Koptelov, im Alliierten Rat dem Gesetz zuzustimmen. Als Grund nannten sie, dass „die österreichischen Freunde beabsichtigen, die Wahlkampagne für eine Aktivierung der Arbeit aller ihrer Organisationen und zur Entlarvung der reaktionären Politik der Regierungsparteien zu benützen“<sup>47</sup>. Außerdem könnte ein sowjetischer Einspruch gegen das Gesetz „von den breiten demokratischen Massen nicht verstanden“ werden, da sich auch die KPÖ für die Volkswahl ausgesprochen und im Parlament dafür gestimmt habe. Überdies würde ein sowjetisches Veto im Alliierten Rat in der Minderheit bleiben und somit „praktisch zu nichts führen“. Die 3. Europa-Abteilung habe daher, so Gribanov, empfohlen, dem Vorschlag Cinevs und Koptelovs zu folgen.

Der sowjetischen Zustimmung zur Volkswahl schien somit nichts mehr im Wege zu stehen. Wenige Stunden, nachdem in Wien das interalliierte Rechtsdirektorat am 30. Jänner einstimmig die Empfehlung an das Exekutivkomitee des Alliierten Rates beschlossen hatte, das Wahlgesetz zu billigen, traf in Moskau ein neues Telegramm Koptelovs ein, worin dieser berichtete, dass die österreichischen „Freunde“ ihre Meinung geändert hätten und im Gegensatz zu ihrer früheren Position nunmehr meinten, dass das „Sowjetische Element in den alliierten Organen die Position der Durchführung der [Bundespräsidenten-] Wahlen durch das Parlament einnehmen soll“<sup>48</sup>. Als Grund für ihre 180-Grad-Wendung habe die KPÖ angegeben, dass die Volkspartei danach strebe, ihren Kandidaten durch eine allgemeine Volkswahl durchzusetzen und „in Zukunft [...] zur Faschisierung des Landes zum Nutzen der Amerikaner zu benützen“. Die KPÖ und Koptelov seien daher nun gegen eine Volkswahl. Gribanov bezeichnete diesen Gesinnungswandel als „unverständlich“ und gab – wie zuvor auch Koptelov – zu bedenken, dass für ein alliiertes Veto die Einstimmigkeit aller Besatzungsmächte erforderlich sei, die zu erzielen aber unwahrscheinlich erscheine. Hingegen könnte ein sowjetischer Einspruch zu „sowjetfeindlichen Zielen benützt“ werden, da sogar die Kommunisten „offen und offiziell“ für die

---

<sup>46</sup> Ebenda.

<sup>47</sup> Archiv vnešnej politiki Rossijskoj federacii [Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Moskau] (AVPRF) 066/32/160/56/14–16, Gribanov an Vyšinskij, 31. Jänner 1951.

<sup>48</sup> Ebenda.



Volkswahl aufgetreten seien. Er schlug daher vor, das positive Gutachten über die Volkswahl beizubehalten und im Alliierten Rat nicht gegen das Wahlgesetz einzuschreiten.

Es ist aus dem Akt nicht ersichtlich, ob sich die sowjetische Führung zugunsten des Vorschlages Gribanovs oder jenes der KPÖ entschied. Der handschriftliche Vermerk Vyšinskijs auf dem zitierten Schreiben besagt lediglich, dass „die Überlegung des CIK [gemeint: ZK der KPÖ] hinsichtlich der zweiten Position begründet“<sup>49</sup> sei. Wie die weiteren Ereignisse zeigen, dürfte tatsächlich ein Umdenken in Richtung einer Unterstützung der KPÖ erfolgt sein. Drei Tage nachdem der sowjetische Vertreter im interalliierten Rechtsdirektorat dem vom österreichischen Nationalrat beschlossenen einfachen Gesetz zur Durchführung der Wahl des neuen Bundespräsidenten durch das Volk zugestimmt hatte, und zwei Tage nach der KPÖ-Intervention gegen das genannte Gesetz, am 2. Februar 1951, lag es dem Exekutivkomitee der Alliierten Kommission zur Diskussion vor. Die Vertreter der Westmächte waren bereit, der einstimmigen Empfehlung des Rechtsdirektorates zu folgen und das Gesetz in Kraft treten zu lassen, doch General Cinev erhob Einspruch<sup>50</sup>. Er befand sich damit klar in Widerspruch zur bisherigen sowjetischen Position. Er argumentierte, dass sich das Gesetz auf die Verfassung von 1929 beziehe, die aber vom Alliierten Rat niemals anerkannt worden sei. Somit besitze das Wahlgesetz keine gesetzliche Basis und sei zurückzuweisen. Der einzig legale Weg, so Cinev, sei die Verabschiedung eines speziellen Verfassungsgesetzes nach dem Vorbild von 1945, als die Bundespräsidentenwahl durch das Parlament durchgeführt worden sei. Der Standpunkt der Westmächte war hingegen, dass der Alliierte Rat zwar am 25. März 1946 die österreichische Regierung aufgefordert habe, eine neue Verfassung auszuarbeiten, dass er aber seine zuvor am 30. November 1945 gegebene Zustimmung zur Wiedereinführung der Verfassung von 1920/29 niemals widerrufen habe, weshalb diese bis zum Vorliegen eines neuen Grundgesetzes in Kraft sei. Demnach solle, wie in der Verfassung vorgesehen, eine Volkswahl durchgeführt werden. Überdies, so der britische Vertreter, möge das österreichische Volk seinen Bundespräsidenten „in der Art wählen, in welcher es wünsche“<sup>51</sup>. Angesichts der Uneinigkeit leitete das Exekutivkomitee die Frage an den Alliierten Rat weiter, der sich ihr am 9. Februar widmete. Dabei verfocht der sowjetische Hochkommissar General Vladimir V. Sviridov den bereits zuvor von seinem Stellvertreter im

---

<sup>49</sup> Ebenda.

<sup>50</sup> Österreichische Nationalbibliothek, Wien (ÖNB), Exekutivkomitee des Alliierten Rates (EXCO), 180. Sitzung, 2. Februar 1951. Siehe hier insbesondere die inoffizielle US-Mitschrift, 4.

<sup>51</sup> Ebenda.

Exekutivkomitee vorgebrachten Standpunkt und rief seine Kollegen dazu auf, das Wahlgesetz zurückzuweisen und stattdessen von der österreichischen Bundesregierung die Vorlage eines eigenen Verfassungsgesetzes über die Bundespräsidentenwahl „wie 1945“ zu fordern. Dieser Aufruf blieb aber in der Minderheit<sup>52</sup>.

Tatsächlich waren die Westmächte (und die österreichische Bundesregierung) rechtlich in der besser abgesicherten Position. Zwar hatte der Alliierte Rat, wie das sowjetische Element betonte, der Übernahme der Verfassung von 1920/29 niemals de jure zugestimmt, aber eine ganze Reihe von Rechtsakten, Beschlüssen und Verträgen, das Zweite Kontrollabkommen inklusive, ging davon aus, dass eine (wenn auch nur „vorläufige“, wie im Verfassungsüberleitungsgesetz festgestellt) österreichische Verfassung existierte, und das konnte somit nur jene von 1920/29 sein. Was nun die Bundespräsidentenwahl betraf, war kaum einzusehen, warum eine Wahl durch das Volk weniger „demokratisch“ sein sollte als eine durch das Parlament (wie 1945), die aber von sowjetischer Seite rückblickend sehr wohl als „demokratisch“ anerkannt wurde<sup>53</sup>. Aber unabhängig von der Stichhaltigkeit der Argumente zeigte die Diskussion, dass die sowjetische Seite, wie Gribanov prognostiziert hatte, allein aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Alliierten Rat keine Chance auf Annahme ihres Antrages besaß. Die Westmächte betrachteten einen verfassungslosen Zustand als potenzielle Gefahr für das österreichische demokratische System<sup>54</sup> und waren nicht gewillt, den Status quo in Frage zu stellen. Sie konnten sich getrost darauf verlassen, dass das Wahlgesetz angesichts der interalliierten Meinungsverschiedenheit automatisch in Kraft treten werde, und so endete die Ratssitzung ohne Beschlussfassung.

Trotz dieser Abstimmungsniederlage im Alliierten Rat und entgegen der zuvor von der 3. Europa-Abteilung artikulierten Ansicht behielt die sowjetische Besatzungsmacht weiterhin ihre zuletzt eingenommene Position bei, nunmehr eine Verlagerung der Bundespräsidentenwahlen in das Parlament zu befürworten. Am 5. März erläuterte Politberater Koptelov in Anschluss an eine Aussprache mit Außenminister Karl Gruber eigens schriftlich, dass der Sowjetische Teil der Alliierten Kommission „es für zweckmäßig erachtet, dass die Wahlen durch das Parlament auf Grund eines besonderen Verfassungsgesetzes, wie das im Jahre 1945 der Fall war, erfolgen sollten“<sup>55</sup>.

---

<sup>52</sup> Rauchensteiner, Sonderfall 302. Vgl. ÖNB, Allierter Rat (ALCO), 140. Sitzung, 9. Februar 1951.

<sup>53</sup> ÖNB, ALCO, 140. Sitzung, 9. Februar 1951, hier insb. 10.

<sup>54</sup> Ebenda 11.

<sup>55</sup> Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik, Wien (ÖStA/AdR), Gruppe 04, BKA AA, Österreich 1, 133.206-pol/51, Koptelov an Gruber, 5. März 1951. Vgl. Rauchensteiner, Sonderfall 302.

Von den Westmächten im Alliierten Rat mit der Frage konfrontiert, wann und weshalb das sowjetische Element seine frühere, im Rechtsdirektorat geäußerte Zustimmung zur Volkswahl aufgegeben habe, erklärte der Hochkommissar, die sowjetische Rechtsabteilung habe die Frage nach Abgabe der Empfehlung weiter studiert und sei später zu einem gegenteiligen Ergebnis gekommen. Daher habe, so Sviridov, der sowjetische Vertreter im Exekutivkomitee eine andere Position eingenommen als jener im Rechtsdirektorat<sup>56</sup>. Der wahre Grund für den sowjetischen Kurswechsel dürfte jedoch vielmehr die exakt zwischen den Sitzungen der beiden Gremien erfolgte Intervention der KPÖ gewesen sein.

Insgesamt zeigt der Vorfall, dass die KPÖ aus taktischen Überlegungen stets bereit war, die sowjetische Besetzung als *Deus ex Machina* zu bemühen, um für sich vorteilhaftere politische Bedingungen zu schaffen. Die sowjetische Besetzung war auch grundsätzlich geneigt, dem parteitaktischen Zickzack-Kurs der KPÖ zu folgen und leitete die KPÖ-Bitte an das sowjetische Außenministerium weiter. Hier sorgte die Intervention zunächst für Kopfschütteln. Dass man anfangs nicht gewillt war, den Kurswechsel mitzumachen, hängt aber weniger mit mangelnder Bereitschaft, die KPÖ zu unterstützen, zusammen als vielmehr mit der realistischen Einschätzung, durch einen Einspruch gegen das Wahlgesetz nichts zu erreichen. Nichtsdestotrotz vollzog die sowjetische Besatzungsmacht wenig später eine Wende und sprach sich Anfang Februar gegen die Volkswahl aus. Da es für ein Abgehen des Hochkommissars und seines Stellvertreters von ihren Direktiven im gegebenen Fall keinen Hinweis gibt, bleibt somit die Erklärung, dass die sowjetische Führung dem Wunsch der KPÖ nachkam, und Weisung gab, gegen die Volkswahl des Bundespräsidenten aufzutreten.

### FALLSTUDIE 3: DAS AUSSCHIEDEN DER KPÖ AUS DER REGIERUNG UND DER NEUE KURS

Durch ihre Abhängigkeit von der Sowjetunion besaß die KPÖ nur einen eingeschränkten Handlungsspielraum. Dennoch trifft zweifellos zu, dass „nicht jede einzelne Handlung und Entscheidung der KPÖ“ auf sowjetische Vorgaben zurückgeführt werden kann, wenn sie auch der außenpolitischen Linie der UdSSR nicht widersprechen durften<sup>57</sup>. Ein Beweis dafür ist die Frage des Ausscheidens des letzten KPÖ-Regierungsmitgliedes, des Ministers für Energiewirtschaft und Elektrifizierung Karl Altmann, aus der Regierung im November 1947 und der Festlegung des neuen Kurses der KPÖ.

<sup>56</sup> ÖNB, ALCO, 140. Sitzung, 9. Februar 1951, hier insb. 10.

<sup>57</sup> Gärtner, Zwischen Moskau und Österreich 12.

Die KPÖ-Spitze hatte bereits 1946 gegenüber der Führung der KPdSU den Plan ventiliert, dass sie die Regierung verlassen und dadurch Neuwahlen provozieren wolle. Dabei rechnete sie, wie Koplenig und Fürnberg am 2. November in einem Brief an Stalin mitteilten, mit einer Verdopplung ihrer Wählerstimmen und einer Mehrheit für die Sozialdemokraten, was den Druck auf die SPÖ-Führung, mit der KPÖ zusammenzuarbeiten, erhöhen werde<sup>58</sup>. Als Antwort bereitete die Außenpolitische Abteilung der KPdSU gemeinsam mit dem Außenministerium der UdSSR eine Stellungnahme vor, die schließlich zusammen mit dem Entwurf einer Verordnung des ZK der Führung zur Begutachtung vorgelegt wurde<sup>59</sup>. Wir wissen nicht, welchen „Rat“ die sowjetische Seite gab, die KPÖ dürfte jedenfalls grünes Licht erhalten haben, denn der Plan verschwand nicht aus der Diskussion. Für die sowjetische Seite passte die Demission in das Konzept, dass die westeuropäischen kommunistischen Parteien die Klassegegensätze und die Unzufriedenheit der Massen schüren sollten, um auf diese Weise die antikommunistischen Regierungen zu destabilisieren. Der Regierungsaustritt Altmanns verzögerte sich jedoch, da die KPÖ offenbar Anfang 1947 nicht den Anschein erwecken wollte, die eben eingeleiteten Staatsvertragsverhandlungen zu behindern. Als der kommunistische Minister schließlich im November des Jahres die Regierung verließ, tat er dies ohne nochmalige Rückfrage in Moskau<sup>60</sup>.

Die Partei konnte somit in tagespolitischen Fragen selbst Entscheidungen treffen, musste dabei aber stets die sowjetische Linie im Auge behalten. Wenn ihre Aktivitäten in Gegensatz zur Außenpolitik der UdSSR zu geraten schienen, griff die KPdSU rigoros ein. Dies zeigte sich insbesondere in der folgenden Phase, in der die KPÖ-Führung eigens nach Moskau zitiert wurde und ihre Politik auf Druck der großen Bruderpartei grundlegend umzuorientieren hatte. Nach außen gab sich die KPÖ zwei Monate nach ihrem Regierungsaustritt siegessicher, die „Volksstimme“ prognostizierte für die nächsten Wahlen Stimmenzuwächse aus dem Lager der linken Sozialisten<sup>61</sup> und überall in Osteuropa und in der sowjetischen Besatzungszone

<sup>58</sup> Koplenig und Fürnberg an Filippov [Stalin], 2. November 1946, in: Mueller, Suppan, Naimark, Bordjugov, Sowjetische Politik 341–351.

<sup>59</sup> Korotkevič an Suslov, 19. November 1946, in: Mueller, Suppan, Naimark, Bordjugov, Sowjetische Politik 341–343. Vgl. AVPRF 012/7/101/80/90, Dekanozov an Berija, Ždanov, Mikojan, Voznesenskij, 23. November 1946, mit Sichtvermerk über die Weiterleitung an die Siebenergruppe („Semërka“). Kopie im Bruno-Kreisky-Archiv, Wien.

<sup>60</sup> Nach dem im Mai erfolgten Ausschluss der französischen KP aus der Regierung ging die KPdSU zur Einschätzung über, dass es gleichgültig sei, „ob die Kommunisten in der Regierung sind oder nicht“. Galina P. Muraschko [Muraško], Albina F. Noskova [Noskova], Tatjana W. Wolokitina [Vолоkitina], Das Zentralkomitee der WKP(B) und das Ende der „nationalen Wege zum Sozialismus“, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (1994) 9–37 hier 12; 21.

<sup>61</sup> Pelinka, Auseinandersetzung mit dem Kommunismus 194.

Deutschlands festigten die kommunistischen bzw. sozialistischen Parteien mit sowjetischer Unterstützung ihre Herrschaft. In Österreich lagen die Dinge jedoch anders, und das dürfte zu der Desorientierung beigetragen haben, die im Inneren der KPÖ herrschte. Die Partei hatte nicht nur ihren innenpolitischen Einfluss zum Teil eingebüßt und befand sich von ihrem Ziel, die Volksdemokratie zu etablieren, weiter entfernt denn je. Zu allem Unglück drohte der KPÖ auch noch ihre Schutzmacht abhanden zu kommen. Herbeigeführt durch den nach dem stv. französischen Hochkommissar benannten „Cherrière-Plan“ vom 8. Oktober 1947, der eine finanzielle Ablöse des von der UdSSR beschlagnahmten Eigentums in Österreich durch die Republik vorsah<sup>62</sup>, waren der Staatsvertrag und damit ein sowjetischer Abzug in greifbare Nähe gerückt. Das am 24. Jänner 1948 vorgelegte sowjetische Gegenangebot ließ Verhandlungsbereitschaft erkennen. Die KPÖ beobachtete diese Entwicklung offenbar mit Besorgnis und zog ihre Konsequenzen, die, wie zu zeigen sein wird, sehr zum Missfallen der sowjetischen Führung gerieten. Es ist nicht eindeutig, ob dieses Missfallen den Anlass für die Einladung Kopenigs und Fürnbergs nach Moskau darstellte. Jedenfalls war es beträchtlich genug, um den beiden KPÖ-Spitzen zu einem Gesprächstermin bei dem zu jener Zeit zweitmächtigsten Mann der Sowjetunion zu verhelfen.

Einleitend stellte Andrej A. Ždanov, Politbüromitglied und „Kurator“ der KPdSU für Außenpolitik, fest, dass seine Partei „nicht in allem“ die Positionen des ZK der KPÖ teile. Offenbar sei „bei den österreichischen Genossen nicht alles klar in Bezug auf die Perspektiven und die Taktik der Kommunistischen Partei“<sup>63</sup>. Die KPÖ baue ihre Linie darauf auf, dass die sowjetische Besatzung noch länger in Österreich bleiben solle, und habe sogar ausgedrückt, „dass eine Teilung Österreichs besser sei als jede andere Perspektive“. Beides sei „gegen das Prinzip der Unabhängigkeit und Einheit Österreichs gerichtet“, womit die KPdSU nicht einverstanden sein könne. Die KPÖ solle vielmehr, so Ždanov, der Deklaration des Kominform folgend, die „inneren national-demokratischen Kräfte“ des Landes entfes-

---

<sup>62</sup> Diese Ablöse war seit Juli 1946 im Gespräch, die österreichische Bundesregierung hatte bereits im Dezember 1946 der UdSSR ein Rückkaufangebot für die sowjetischen Erdölrechte und Betriebe in Österreich gemacht. Die Moskauer Außenministerkonferenz im März-April 1947 war jedoch zu keiner Einigung gelangt. Siehe: Stourzh, Um Einheit und Freiheit 97–101; 111–118. Zum sowjetischen Gegenvorschlag: Ebenda 118. Der Text des sowjetischen Vorschlages in: FRUS 1948 (Washington 1973) II, 1448f.

<sup>63</sup> Niederschrift des Gespräches des Gen[ossen] Ždanov mit den Vertretern des ZK der KPÖ Kopenig und Fürnberg, 13. Februar 1948, in: Wolfgang Mueller, Die Teilung Österreichs als politische Option für KPÖ und UdSSR 1948, in: *Zeitgeschichte* 32 (2005) 1, 47–54. Vgl. die ursprüngliche, von Ždanov redigierte Fassung in: Mueller, Suppan, Naimark, Bordjugov, Sowjetische Politik 452–465.

seln und den Kampf „für die Festigung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs“ anführen. Widrigenfalls erwarte sie eine Sackgasse. Man dürfe daher auch „die sowjetischen Vorschläge zu den österreichischen Aktiva“, d.h. das sowjetische Gegenangebot zum Cherière-Plan, „nicht als Schaden für die Sache der Kommunistischen Partei Österreichs“ ansehen, sondern müsse sie als Vorbereitung auf die Unabhängigkeit Österreichs betrachten.

Die UdSSR war somit 1948 offenbar zu ernsthaften Staatsvertragsverhandlungen bereit und versuchte, die von dieser Aussicht schockierten österreichischen „Freunde“ davon zu überzeugen, dass dies keinen Nachteil für die KPÖ bedeuten müsse. Dass ein sowjetischer Abzug aus Österreich nicht unbedingt einer Aufgabe der Hoffnung auf eine KPÖ-Machtübernahme gleichkam, wurde deutlich, als Ždanov von der Zukunft Österreichs „in den Händen der Kommunisten“ sprach und der KPÖ riet, „sich dem Beispiel der SED zuzuwenden“, die „mit Erfolg die Losung des Kampfes für ein einheitliches Deutschland [benützt]“<sup>64</sup>. Die KPÖ müsse, so Ždanov, für die Einheit und Selbstständigkeit Österreichs und folglich für die rasche Liquidierung des Besatzungsregimes kämpfen. Außerdem solle sie den „Kampf gegen den Einfluss der Anglo-Amerikaner in Österreich“ aufnehmen und deren Vorgehen „als Politik der Untergrabung der Souveränität Österreichs entlarven“. Nur die Sowjetunion strebe die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen mit Österreich an, die nicht mit Beschränkungen seiner Unabhängigkeit und Souveränität verbunden seien. Die KPÖ müsse daher das österreichische Volk auf die Schaffung freundschaftlicher Beziehungen zur UdSSR ausrichten und „mit aller Schärfe und Kraft den Unterschied zwischen der Politik der UdSSR und der Politik der Engländer und Amerikaner, die Österreich ihrem Einfluss zu unterwerfen streben, zeigen“.

Nach der Rede Ždanovs bedankte sich Kopenig für den Rat und gestand ein, „dass unser Streben, die sowjetischen Truppen so lange wie möglich auf dem Territorium Österreichs zu behalten, unrichtig gewesen ist“<sup>65</sup>. Zu seiner Verteidigung führte er an, dass man die innere Entwicklung Österreichs nicht losgelöst von der Anwesenheit der Westmächte und der österreichischen Regierung sehen dürfe, durch deren Einwirken die „demokratischen Kräfte“ in ihrer Entfaltung behindert würden, wohingegen die Sowjetbesatzung diese fördere. Natürlich wäre es für die „demokratische“ Entwicklung Österreichs besser, das Besatzungsregime zu liquidieren, aber es sei zu befürchten, dass dies nicht zur Schaffung „eines Österreichs, von dem die Moskauer Deklaration gesprochen hat“, führe, sondern zu einem

<sup>64</sup> Ebenda 459 und 455.

<sup>65</sup> Ebenda 457.

Österreich unter dem Einfluss der USA. Daher seien auch die sowjetischen Vorschläge zur Ablöse des ehemals deutschen Eigentums problematisch, da Österreich die Summe nicht selbst aufbringen könne und „offensichtlich“ sei, dass sie von den USA finanziert würde. Das erschwere der KPÖ aber, gegen die USA aufzutreten.

Darauf erwiderte Ždanov: „Wir verlangen nicht, dass ihr in allen Stadien unserer Verhandlungen mit den Anglo-Amerikanern unsere Propagandisten seid. Aber ihr müsst verstehen, dass [der Umstand], dass wir auf das Eigentumsrecht an diesen Unternehmen verzichten, ein großes Zugeständnis von unserer Seite ist. Das erleichtert eure Lage. Ihr sagt, dass es für die österreichischen Arbeiter vorteilhaft ist, in sozialistischen Unternehmen zu arbeiten, die der UdSSR gehören. Aber es wäre noch besser für österreichische Arbeiter, in österreichischen sozialistischen Unternehmen zu arbeiten.“<sup>66</sup> Hinsichtlich der Entwicklung der „demokratischen Kräfte“ in Österreich und ihres Schutzes durch die Sowjetbesatzung erklärte Ždanov: „Eure Überlegungen gehen davon aus, auf eine Verlängerung der Anwesenheit der sowjetischen Besatzungstruppen zu zählen. Das ist nicht richtig und bringt sowohl eurem als auch unserem Einfluss Schaden.“<sup>67</sup> Die Deklaration des Kominform besage, dass der Einfluss der „demokratischen Kräfte“ wachse. So sei es auch in Österreich. Die KPÖ müsse daher den Sozialisten und der Volkspartei „das Banner der Unabhängigkeit aus den Händen schlagen“ und „für die rascheste Beseitigung der Besatzung kämpfen“. Fürnberg brachte darauf neuerlich die Möglichkeit einer Spaltung Österreichs ins Spiel, die, wenn „in nächster Zeit“ kein Abzug der Besatzung aus Österreich erfolge, doch „der beste Weg“ sei. Dies hätten auch „jugoslawische Genossen gesagt“<sup>68</sup>. Doch Ždanov entgegnete, dass die KPÖ eben für einen raschen Abzug der Besatzung kämpfen solle.

Die KPÖ reagierte mit Unterwerfung. Kopenig übte, wie dies in kommunistischen Parteien gefordert war, Selbstkritik, bekannte die eigenen Fehler und versuchte, die Handlungsweise zu erklären. Auch Fürnberg argumentierte – weniger defensiv als Kopenig – für die KPÖ-Linie. Offener

<sup>66</sup> Ebenda 465.

<sup>67</sup> Ebenda 461f.

<sup>68</sup> Ebenda 463. Wann diese Aussage von jugoslawischer Seite getätigt wurde, ist unklar. Am wahrscheinlichsten ist, dass sie während eines Belgrad-Besuches von KPÖ-Vertretern im Oktober 1947 erfolgte. Siehe: Mueller, Teilung 47. Ein Bericht der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU vom 18. März 1948 gibt an, dass die Politbüromitglieder der jugoslawischen KP, Milovan Đilas und Edvard Kardelj, der KPÖ geraten hätten, eine Teilung Österreichs zu diskutieren. Das Motiv für diesen Rat sei das angebliche jugoslawische „Bestreben, in den Balkan- und Donauländern tonangebend zu sein“, gewesen. Zitiert nach: Muraschko, Noskowa, Wolokitina, Das Zentralkomitee der WKP(B) und das Ende der „nationalen Wege zum Sozialismus“ 24f.

Widerspruch fand aber nicht statt. Man dankte für den „Rat“ und, obwohl auch der mächtige Ždanov für das zentrale Problem in Wirklichkeit keine Lösung aufgezeigt hatte, erklärte Koplenig abschließend, dass das Gespräch Klarheit gebracht habe. Die Schwierigkeiten, (1.) dass Österreich ohne amerikanische Hilfe die sowjetischen Ablöseforderungen nicht erfüllen und die KPÖ daher nicht gegen die USA agitieren könne, und vor allem, (2.) dass die KPÖ zwar nach sowjetischem Wunsch gegen die Besatzung auftreten sollte, aber gleichzeitig selbst von dieser abhängig war, bestanden weiterhin. Beide Seiten gingen über die verbleibenden Unklarheiten hinweg.

Das zitierte Gespräch ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Erstens unterstreicht es einmal mehr die von der KPÖ selbst empfundene Abhängigkeit von der sowjetischen Besatzung. Die Partei leistete der UdSSR unbedingten Gehorsam, war sich aber gleichzeitig dessen bewusst, dass die Sowjetunion stets als Schutzmacht bereit stand, ihr zu Hilfe zu kommen. Beide Umstände verstärkten die bereits vorhandene Sowjetunion-Abhängigkeit der KPÖ, sodass sie schließlich davon überzeugt war, auf die Sowjetbesatzung in Österreich angewiesen zu sein. Es überrascht somit nicht, dass die KPÖ insgeheim hoffte und darauf hinarbeitete, dass diese so lange wie möglich im Land bliebe. Dabei handelte es sich um kein momentanes Phänomen: noch kurz vor der Unterzeichnung des Staatsvertrages bekannte der kommunistische Gewerkschafter Gottlieb Fiala im Gespräch mit einem sowjetischen Funktionär, dass viele Kommunisten den Staatsvertrag gar nicht sonderlich wünschten, sondern vielmehr im Stillen darauf hofften, dass „die Amerikaner“ in letzter Minute doch „nicht unterschreiben“<sup>69</sup>.

Zweitens belegt die Unterredung, dass sich die KPÖ 1948 offenkundig dem Beispiel ihrer „deutschen Genossen zugewandt“ (wenn auch nicht in dem von Ždanov gemeinten Sinne) und intern auf eine Teilung ihres Landes eingestellt hatte. Den Hintergrund für diese Entscheidung bildete die politische Isolation und nahezu aussichtslose Situation, in welcher sich die Partei seit dem doppelten Schockerlebnis von 1945 und 1947 befand. Als einziger Erfolg versprechender Weg, das Abgleiten in die Bedeutungslosigkeit zu verhindern, dürfte sich den Kommunisten die Spaltung Österreichs und die Errichtung der KP-Herrschaft im Ostteil des Landes dargeboten haben. In der sowjetischen Zone, wo durch das Wirken der Besatzung eine vollkommene Entmachtung der Partei verhindert worden war, besaß die KPÖ eine zwar schwache, aber ungleich stärkere Machtbasis als im Westen.

<sup>69</sup> Rossijskij gosudarstvennyj archiv novejšej istorii [Russisches Staatsarchiv für Neuere Geschichte, Moskau] (RGANI) 5/28/330/129f, Aus dem Tagebuch Kolobovs, Niederschrift des Gespräches mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPÖ Genossen Fiala am 25. April, 29. April 1955, hier 130.



So hatte die sowjetische Besetzung beispielsweise eine Umbildung der niederösterreichischen Gemeinderäte gemäß dem Wahlergebnis von 1945 blockiert und die Beteiligung der Kommunisten an den Selbstverwaltungskörperschaften sowie an den Vizebürgermeister-Posten bewahrt<sup>70</sup>. Die Besetzung übte ferner massiven Druck aus, um in ihrer Zone die Besetzung von Polizei- und Gendarmerie-Dienstposten ihrem Einfluss zu unterwerfen und so die kommunistische Machtstellung im Bereich der Exekutivorgane zu festigen. Ferner boten die sowjetischen Einrichtungen, Wirtschaftsbetriebe und Verwaltungsstellen eine Basis zur Schaffung einer kommunistischen Hausmacht, was, wie in der ersten Fallstudie gezeigt, bereits 1946 von der KPÖ erkannt und in den folgenden Jahren zielstrebig ausgenutzt wurde. Überdies war die Ostzone in einem ungleich höheren Maße sowjetischer Einflussnahme und Propaganda ausgesetzt. Alle genannten Faktoren waren mit der sowjetischen Präsenz verbunden. Die KPÖ klammerte sich daher an die Besetzung, deren Anwesenheit der Partei ermöglichte, einen Teil der Macht zu bewahren. Sollten die Alliierten abziehen, war auch diese Position in Gefahr. Als Chance zur Machtergreifung erschien es der KPÖ, Ostösterreich abzuspalten und die hier vorhandenen Macht- und Beeinflussungsmittel dazu auszunutzen, eine politische Sonderentwicklung von sowjetischen Gnaden einzuleiten.

Drittens zeigt das Gespräch Ždanovs mit der KPÖ-Führung, dass die Sowjetunion mit dieser Strategie nicht einverstanden war. Darin lag wohl der Hauptanlass für die „Kopfwäsche“. Eine Abspaltung der sowjetischen Zone konnte nicht im Interesse der UdSSR liegen, wollte man nicht das strategisch wichtigere Westösterreich den Westmächten überantworten. Auch eine daraus resultierende *weitere* Belastung der ohnedies gespannten Ost-West-Beziehungen dürfte der sowjetischen Führung angesichts der sich abzeichnenden Konfrontationen über Deutschland, mit Tito und in der ČSR kaum wünschenswert erschienen sein. Während die Zuordnung Prags zur sowjetischen Einflussosphäre aus Moskauer Sicht die wenige Tage nach der Episode erfolgte handstreichartige Machtübernahme durch die tschechoslowakischen Kommunisten rechtfertigte, traf dies auf das für die Sowjetunion vergleichsweise wenig bedeutende Ostösterreich offenbar nicht zu. Überdies musste dem Kreml bewusst sein, dass die sowjetische Zone Österreichs – anders als jene Deutschlands<sup>71</sup> – aufgrund ihrer Lage, Größe, Bevölkerungszahl und Wirtschaftsstruktur von sowjetischer Unterstützung abhängig sein würde, was ebenfalls ihren Interessen widersprach. Die Sow-

---

<sup>70</sup> Rauchensteiner, Die Zwei 130. Vgl. Mueller, Die sowjetische Besetzung 175f.

<sup>71</sup> Jan Foitzik, „Über die Frage, inwieweit die selbstständige Existenz der sowjetischen Zone zweckmäßig ist, muss schnellstmöglich entschieden werden.“, in: Deutschland-Archiv 36 (2003) 3, 428–446.

jetunion zeigte sich im Fall Österreichs seit 1946 als überaus besorgt über die Gefahr einer Teilung des Landes, in der aber gerade die KPÖ 1948 den letzten Weg zur Macht zu erkennen glaubte. Das Gespräch Ždanovs mit Kopenig und Fürnberg sollte eine derartige Entwicklung verhindern und die KPÖ wieder auf Kurs bringen.

Viertens ist aus der Besprechung klar ersichtlich, dass die Sowjetunion in wirtschaftlicher Hinsicht zu keinen Konzessionen an die österreichische Seite, auch nicht an die KPÖ, bereit war. Die sowjetische Zustimmung zum Verkauf der sowjetischen Betriebe an Österreich stelle, so Ždanov, bereits ein „großes Zugeständnis“<sup>72</sup> dar. Dabei verschwieg er, dass die sowjetischen Forderungen – der ursprüngliche Preis betrug 50 Jahre Erdölförderung und 200 Millionen Dollar, der später genannte 30 Jahre und 150 Millionen Dollar – enorm und von Österreich ohne ausländische Hilfe nicht zu erfüllen waren<sup>73</sup>. Die KPÖ erkannte, dass eine Finanzierung der Ablöse durch amerikanische Mittel (wozu die US-Regierung, wie sich zeigte, ohnehin nicht bereit war) die Partei in ein Dilemma manövriert und es ihr unmöglich gemacht hätte, weiterhin öffentlich gegen die USA aufzutreten. Die UdSSR nahm darauf keine Rücksicht. Sie hoffte, schon durch ihr Verkaufsangebot genügend Sympathien in Österreich erringen zu können. Ždanov selbst dürfte sich dessen nicht ganz sicher gewesen sein, doch beschränkte er sich auf den knappen Hinweis, dass er von der KPÖ nicht erwarte, „in allen Stadien“ der Staatsvertragsverhandlungen die „Propagandisten“ der UdSSR zu sein. Die Wirtschaftsinteressen der UdSSR hatten offenbar Priorität gegenüber den propagandistischen Interessen der KPÖ. In der Unvereinbarkeit der kurzfristigen wirtschaftlichen und langfristigen politischen Ziele der Sowjetunion in Österreich, d.h. des Strebens nach möglichst großem Gewinn einerseits und der Errichtung eines UdSSR-freundlichen Regimes andererseits, lag 1948 ebenso wie bereits 1945 einer der Gründe des Scheiterns der sowjetischen Österreich-Politik.

Auf Seiten der KPÖ dürfte die Besprechung mit Ždanov im Februar 1948 die Krise und Orientierungslosigkeit weiter verstärkt haben. Der Perspektive auf die Abspaltung der Ostzone unter kommunistischer Führung und sowjetischem Schutz beraubt, wandten sich die Kommunisten neuen Strategien zu<sup>74</sup>. Als die KPÖ im Oktober 1950 schließlich Anstalten mach-

<sup>72</sup> Niederschrift des Gespräches des Gen[ossen] Ždanov mit den Vertretern des ZK der KPÖ Kopenig und Fürnberg, 13. Februar 1948, in: Mueller, Suppan, Naimark, Bordjugov, Sowjetische Politik 452–465 hier 465.

<sup>73</sup> Stourzh, Um Einheit und Freiheit 119–121.

<sup>74</sup> Mueller, Die sowjetische Besatzung 198. Vgl. den angeblichen KPÖ-Putschplan in: Günther Bischof, „Prag liegt westlich von Wien“. Internationale Krisen im Jahre 1948 und ihr Einfluss auf Österreich, in: ders., Josef Leidenfrost (Hgg.), Die bevormundete Na-

te, einen Generalstreik zur gewaltsamen Destabilisierung und zur „radikalen Änderung der ökonomischen, aber auch der politischen Verhältnisse“ zu benützen<sup>75</sup>, zeigte sich, dass die UdSSR nicht bereit war, offen an einem Umsturzversuch teilzunehmen. Zwar unterstützte die Sowjetbesatzung die von der KPÖ geschürten Unruhen, indem sie den kommunistischen Streiktrupps Lastwagen zur Verfügung stellte und den Einsatz von Polizisten gegen die Besetzung von Gebäuden und Verkehrswegen durch die gewalttätigen Streikenden ausdrücklich verbot bzw. verhinderte. Doch sie überschritt niemals die Grenze zur direkten militärischen Intervention. Die Präsenz der Westmächte im Land war wohl dafür verantwortlich, dass keines der von der KPÖ entworfenen Szenarios volle Unterstützung von sowjetischer Seite fand, denn sowohl eine Abspaltung Ostösterreichs als auch ein durch einen Putsch errichtetes kommunistisches Regime in Wien hätten zweifellos zu einer Konfrontation mit den Westmächten und/oder zu einer Teilung Österreichs geführt, woran die Sowjetunion nicht interessiert war.

#### ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegenden Fallstudien demonstrieren die wechselseitige Abhängigkeit und beiderseitige versuchte Beeinflussung von KPÖ und UdSSR. Die Sowjetunion baute in der Umsetzung ihrer außenpolitischen Pläne auf die ausländischen Bruderparteien und war auf deren Kooperation, Informationen und Expertise angewiesen. Sie unterstützte die lokalen Kommunisten politisch und wirtschaftlich, beanspruchte aber im Gegenzug das Recht, ihre einheimischen „Freunde“ zu kontrollieren, zu korrigieren und zu beeinflussen. Die sowjetische Seite verlangte aber nicht nur Unterordnung der Kommunisten unter die Ziele der Sowjetunion. Sie ermunterte sie auch, eigene Stellungnahmen abzugeben und Wünsche vorzubringen. Die KPÖ nützte dies um zu versuchen, Einfluss auf die sowjetische Politik auszuüben – teils mit Erfolg. Die UdSSR zeigte sich bereit, Bitten der österreichischen „Freunde“ zu erfüllen und ihnen politische Vorteile zu verschaffen. Sogar in Fällen mit geringer Erfolgsaussicht, wie etwa in der

---

tion. Österreich und die Alliierten 1945–1949 (Innsbruck 1988) 315–345 hier 336f. Aufgrund fehlerhafter Funktionsbezeichnungen wird die Authentizität des Dokumentes von Experten bezweifelt. Manfred Mugrauer, „Teilungspläne“ und Putschabsichten. Die KPÖ im Gedenkjahr 2005, in: Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft 12 (2005) 4, 8–15.

<sup>75</sup> Zitiert nach: Rauchensteiner, Der Sonderfall 289–297 hier 295. Rauchensteiner bezieht sich auf eine spätere Aussage des KPÖ-Generalsekretärs Fürnberg. Zur „wohlwollenden Zurückhaltung und vorsichtigen Unterstützung“ der Sowjetbesatzung gegenüber dem KPÖ-Oktober-Streik: Mueller, Die sowjetische Besatzung 181f.

Verhinderung der Volkswahl des Bundespräsidenten 1951, folgte die UdSSR den taktischen Bocksprüngen der KPÖ und leistete ihr geduldig Schützenhilfe.

Wenn die KPÖ-Anliegen zu weitgehend waren oder den sowjetischen Interessen widersprachen, stießen sie auf taube Ohren. Die KPdSU-Führung musste – anders als die österreichischen „Freunde“ in ihrer Planung – nationale Ressourcen (der UdSSR) und globale Risiken berücksichtigen. Die hochfahrenden Pläne Kopenigs und Fürnbergs für eine sowjetische Übernahme der Kontrolle der gesamten Wirtschaft und für Hilfslieferungen, die der Sowjetunion zu Sympathien und der KPÖ zur Macht verhelfen sollten, verstaubten daher im Archiv der Außenpolitischen Abteilung des ZK der KPdSU.

Manche KPÖ-Anregungen überraschen durch ihre Radikalität. Die Vorschläge zur sowjetischen Übernahme der gesamten Wirtschaft in Ostösterreich, zur Perpetuierung der Besatzung, zur Abspaltung der sowjetischen Zone entsprangen der verzweifelten innenpolitischen Lage. Für die KPdSU bedeuteten manche dieser Ansätze die Gefährdung der außenpolitischen Ziele der UdSSR. Wenn dies der Fall war und die KPÖ-Pläne die Gefahr einer Teilung Österreichs beinhalteten, schritt die sowjetische Führung rigoros ein. Die KPÖ gehorchte.

Die KPÖ hatte sich somit in grundlegenden strategischen Fragen der UdSSR unterzuordnen, besaß aber Einfluss auf sowjetische tagespolitische Entscheidungen. Dabei handelt es sich um ein in Verhältnissen zwischen einem Klienten und seinem Patron weit verbreitetes Phänomen: „The tail can wag the dog when the latter’s vital interests are *not* at stake [...] The [dominant] power can and will limit the power of the weaker states in issues that are of major concern“<sup>76</sup>. Dass es der KPÖ nicht gelang, ihre Schwäche in ein Druckmittel gegenüber ihrer Schutzmacht zu verwandeln, wie es etwa Ulbricht oder Kim vermochten, hing einerseits wohl mit der geringen Bedeutung zusammen, die Österreich für die sowjetische Politik besaß, andererseits mit dem engen Spielraum, welcher der UdSSR in Österreich zur Verfügung stand, wollte man keine Spaltung des Landes riskieren.

Wenn die KPÖ die Politik Stalins auch nicht *grundlegend* zu verändern vermochte, prägte sie doch durch ihre Rolle als Informantin die sowjetische Wahrnehmung. Die intensive Kommunikation der österreichischen „Freunde“ mit der Kremelführung beeinflusste zwar nicht immer die Entscheidungen selbst, aber doch wenigstens die Entscheidungsgrundlagen und den Handlungsrahmen der sowjetischen Seite, und sie verstärkte die ideologiegeprägte sowjetische Perzeption der Lage in Österreich. Darin lag ihre – nicht unbeträchtliche – „Macht der Schwachen“.

<sup>76</sup> Handel, Does the Tail Wag the Dog 33f.